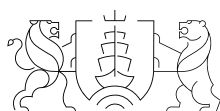
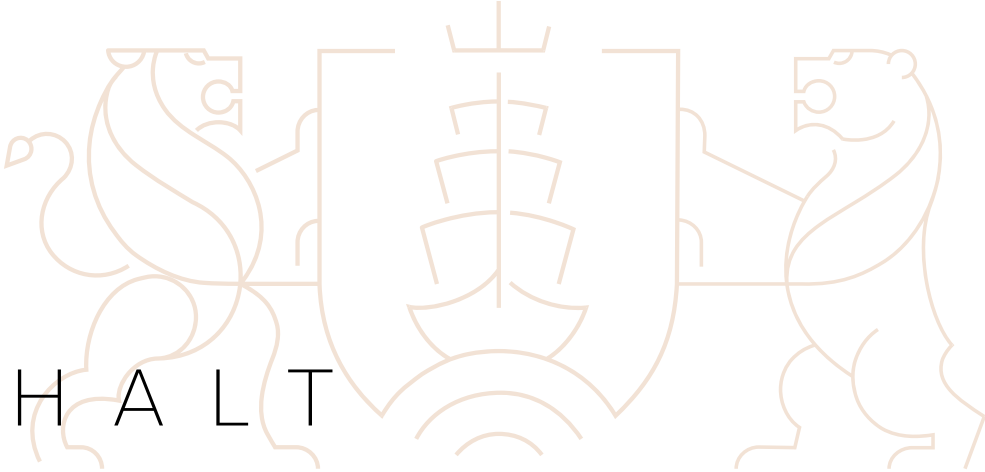


BUNDESTAGS- WAHL 2025

FINDET DEUTSCHLAND EINEN WEG AUS DER WACHSTUMSMISERE?



B E R G O S



INHALT

3

HINTERGRUND: STABILE REGIERUNGS-
KOALITIONEN KAUM NOCH MÖGLICH

7

DEUTSCHLANDS WACHSTUMSSCHWÄCHE

10

VOM STABILITÄTSANKER ZUM SORGENFALL:
WAS SIND DIE GRÜNDE FÜR
DIE WACHSTUMSSCHWÄCHE?

12

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE REFORMANSÄTZE:
DIE TOP 10

16

WAS WOLLEN DIE PARTEIEN?

19

AUSBLICK: IST EIN AUFBRUCH MÖGLICH?

HINTERGRUND: STABILE REGIERUNGSKOALITIONEN KAUM NOCH MÖGLICH

Am 23. Februar 2025 wählt Deutschland vorzeitig einen neuen Bundestag, da die bisherige Bundesregierung im November auseinandergebrochen ist. Die Koalitionsregierung aus der sozialdemokratischen SPD, den ökosozialen Grünen und der liberalen FDP ist vordergründig am Streit über die deutsche Schuldenbremse zerbrochen. Der tieferliegende Grund für das Scheitern der sogenannten Ampel-Koalition waren jedoch unüberbrückbare inhaltliche Differenzen in den meisten wichtigen Politikbereichen. Die Regierung bestand von Beginn an aus Partnern mit diametral unterschiedlichen Vorstellungen in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Klimapolitik. Nach rund

drei Jahren Regierungsarbeit – in denen Deutschland in eine Wirtschaftskrise gerutscht ist – liessen sich die inhaltlichen Differenzen in der Dreier-Koalition nicht mehr überbrücken.

Bedeutungsverlust der Volksparteien

Die Zerbrechlichkeit der gescheiterten Regierung kam nicht aus heiterem Himmel. Mit der heutigen, zersplitterten Parteienkonstellation lassen sich kaum noch stabile Regierungskoalitionen aus Parteien mit ähnlicher inhaltlicher Ausrichtung schmieden. Stattdessen kommt es vermehrt zu Konstellationen, die allen Koalitionspartnern erhebliche inhaltliche Zugeständnisse abverlangen.

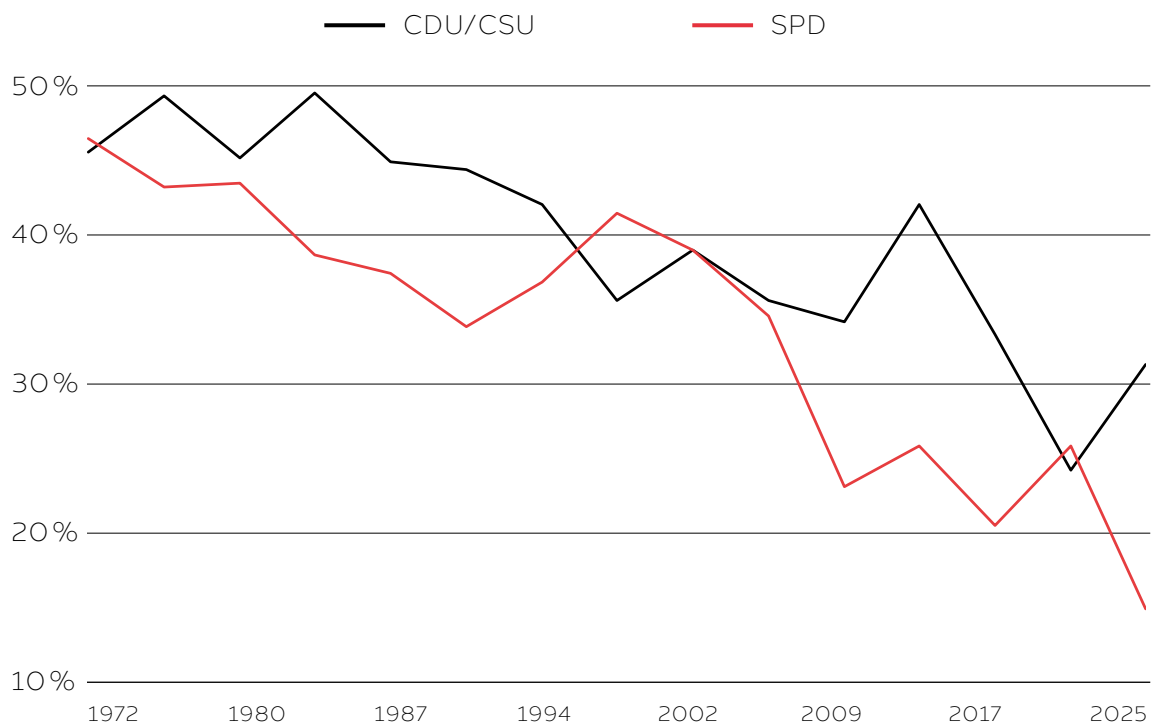


Abb. 1: Stimmenanteile der Volksparteien 1972–2024

Quelle: Bundestag, Bundeswahlleiter, Infratest dimap, Umfrage vom 06.02.2025

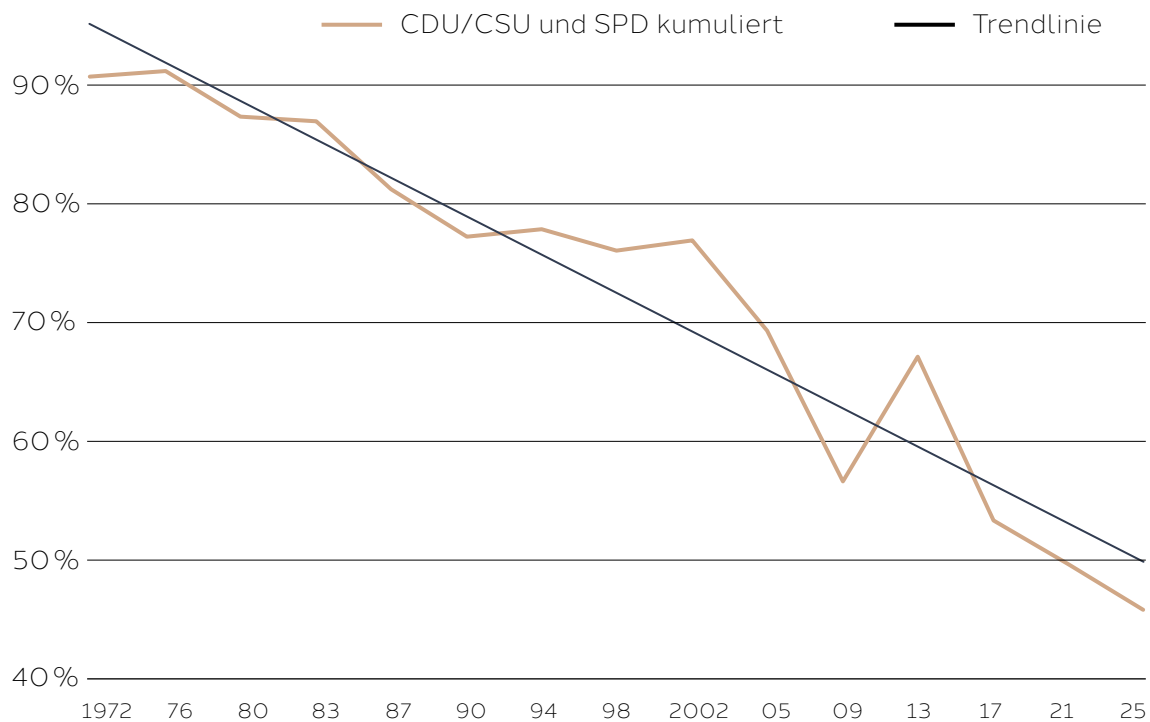


Abb. 2: Stimmenanteile der Volksparteien 1972–2024

Quelle: Bundestag, Bundeswahlleiter, Infratest dimap, Umfrage vom 06.02.2025

Der Bedeutungsverlust der sogenannten Volksparteien SPD und CDU/CSU lässt sich in Zahlen messen. Nachdem sich die Parteienlandschaft in den Nachkriegsjahren zunächst konsolidiert hatte, kamen in den Siebzigerjahren die sozialdemokratische SPD und die konservative CDU/CSU bei den Bundestagswahlen auf über 90 % der Wählerstimmen. Seither haben die beiden grossen Parteien langsam, aber insgesamt dramatisch an Bedeutung verloren (**Abb. 1 und 2**). Gemäss den letzten Umfragen kämen SPD und CDU/CSU zusammen nur noch auf rund 46 % der Wählerstimmen.

War die FDP einst oft die einzige weitere Partei im Bundestag und damit der einzige mögliche Koalitionspartner für die Volksparteien, sind heute sieben Parteien im Bundestag vertreten. Auch nach der bevorstehenden Bundestagswahl könnten bis zu sieben Parteien die 5%-Hürde überspringen und damit in den

Bundestag einziehen (**Abb. 3**). Negativ formuliert ist die Parteienlandschaft fragmentiert. Positiv formuliert gibt es mehr Vielfalt in der Parteienlandschaft und der Bürger hat mehr Wahlmöglichkeiten und damit ein verbessertes politisches Angebot.

Der Bedeutungsverlust der Volksparteien geschah in einer Zeit, in der die Gesellschaft einen deutlichen Individualisierungsprozess durchlief: Werte, Lebensstile und Weltanschauungen haben sich ausdifferenziert, ebenso die Medienlandschaft. Zudem gelten seit langer Zeit Pluralismus und Diversität als Leitideen für das gesellschaftliche Zusammenleben – da ist es fast eine logische Konsequenz, dass dies auch vor politischen Präferenzen nicht Halt macht. Somit könnten trendmässige Wählerstimmenverluste der Volksparteien schlicht als politisches Spiegelbild der gesellschaftlichen Entwicklung interpretiert werden.

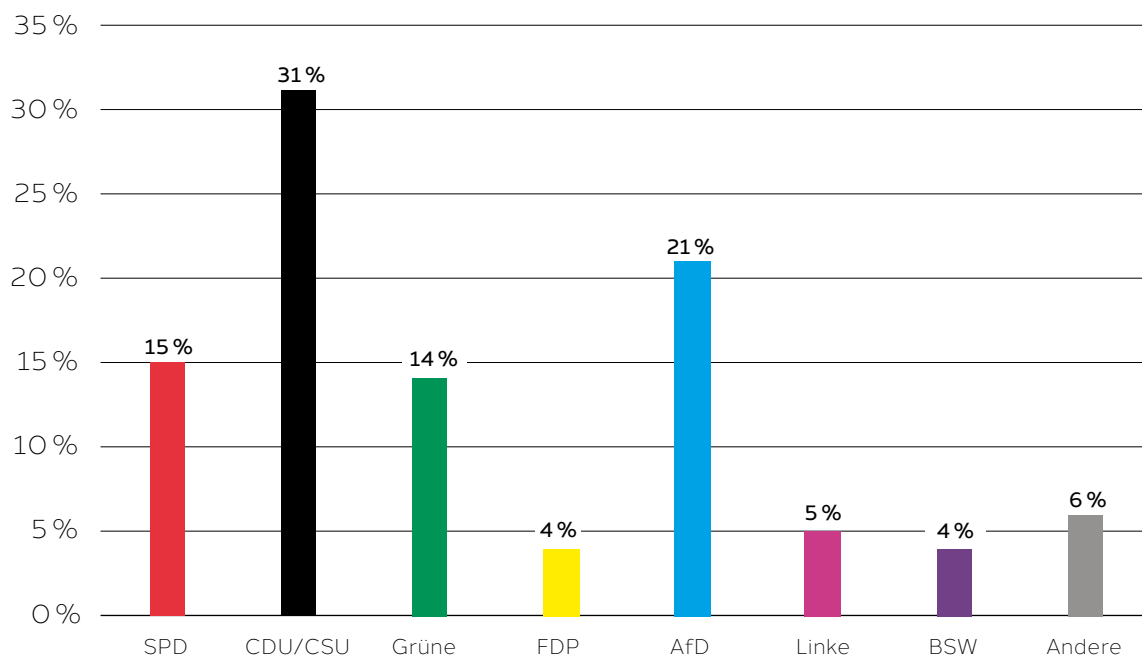


Abb. 3: Prognose für die Bundestagswahl 2025

Quelle: Infratest dimap, Umfrage vom 06.02.2025

Politikproblem: Der Staat kann nur Einheitslösungen anbieten

Hierbei gibt es allerdings ein Problem. Trotz der ausdifferenzierten Parteienlandschaft und der damit verbundenen verbesserten Wahlmöglichkeiten erhalten die Bürger keine besseren Ergebnisse. Das liegt in der Natur der Sache, weil die Politik nur Einheitslösungen anbieten kann. Während bei den privaten Gütern und Dienstleistungen für jeden noch so ausgefallenen Wunsch und jeden noch so ungewöhnlichen Geschmack ein passendes, oft sogar massgeschneidertes Angebot existiert und die Verbraucher keine Kompromisse einzugehen brauchen, kann die Politik nur Lösungen „von der Stange“ anbieten („One size fits all“). Mit politischen Entscheidungen müssen im Regelfall alle Bürger gleichermassen zurechtkommen, auch wenn sie ganz unterschiedliche Wünsche gehabt hätten. So ist für einige Bürger die Klimapolitik zu wenig ambi-

tioniert, für andere ist sie zu rigide. Einige wünschen sich im Bereich der Inneren Sicherheit ein schärferes Vorgehen des Staates, andere fürchten einen Polizeistaat. Der Staat kann diese unterschiedlichen Präferenzen der Bürger jedoch nicht individuell bedienen, vielmehr müssen sich alle Bürger mit der angebotenen Einheitslösung abfinden. Im politischen Bereich wird den Bürgern also genau die Kompromissfähigkeit abverlangt, die im privatwirtschaftlichen Bereich kaum noch nötig ist.

Die Kompromissfähigkeit der Menschen wird dabei zuweilen überstrapaziert. Im Gegensatz zur Schweiz, wo die Bürger über bestimmte Massnahmen per Volksabstimmung entscheiden dürfen, können die Bürger in Deutschland lediglich eine Partei wählen, mit deren Parteiprogramm sie sich am ehesten identifizieren können. Dabei müssen sich die Wähler jedoch für ein ganzes Themenpaket entscheiden,

mit dem sie im Regelfall nicht vollumfänglich einverstanden sind. Der Wähler muss also bereits gewisse Kompromisse eingehen, wenn er die Partei wählt, die ihm programmatisch am nächsten steht. Mit der Bildung einer Regierungskoalition müssen dann auch die Koalitionsparteien Kompromisse machen. Bei drei Koalitionspartnern steigt der Kompromissbedarf weiter. Und wenn die Koalitionspartner politisch nicht aus ähnlichen Lagern stammen, sondern politisch und weltanschaulich weit voneinander entfernt sind, bekommen nicht einmal die Wähler der regierenden Parteien die Politik, die ihnen im Wahlkampf versprochen wurden.

An diesem Punkt befand sich die Ampel-Koalition in den letzten Wochen ihrer Amtszeit, bevor sie schliesslich auseinanderbrach. Die Wahlbürger waren der Ampel-Koalition mehrheitlich überdrüssig – unabhängig davon, ob sie bei der letzten Bundestagswahl für eine der Regierungsparteien oder für die Oppositionsparteien gestimmt hatten. Angesichts der letzten Wahlumfragen könnte es erneut zu einer Dreierkoalition mit Parteien aus unterschiedlichen politischen Lagern kommen. Für die dringend benötigte Reformpolitik und die politische Stabilität wäre das ein schlechtes Zeichen.

DEUTSCHLANDS WACHSTUMSSCHWÄCHE

Deutschland hatte sich nach der globalen Finanzkrise wirtschaftlich erstaunlich gut erholt. Dank des Booms am Arbeitsmarkt und des robusten Wirtschaftswachstums galt Deutschland während der anschließenden Eurokrise, die die Europäische Währungsunion zu zerreißen drohte, als wichtiger Stabilitätsanker. Nach vielen Jahren mit überdurchschnittlich starkem Wachstum, trübte sich die wirtschaftliche Entwicklung zum Ende der 2010er Jahre allmählich ein (**Abb. 4**). Obwohl die Wachstumsraten noch positiv waren, machte bereits das Wort „Industrierezession“ die Runde. Mit der Industrie geriet das Herzstück der deutschen Wirtschaft langsam in schwereres Fahrwasser.

Die Turbulenzen der Corona-Pandemie mit dem scharfen wirtschaftlichen Absturz und einem rasanten Wiederaufschwung verstellten den Blick auf die anhaltenden und zunehmenden Probleme der deutschen Wirtschaft. In den letzten zwei Jahren sank schliesslich die deutsche Wirtschaftsleistung.

Inzwischen lässt sich die Wachstumsschwäche nicht mehr als kurzfristiges Phänomen kleinreden. Das Potenzialwachstum – also das künftig mögliche Wirtschaftswachstum bei konjunktureller Normalauslastung – sinkt von über einem Prozent auf nur noch rund 0,5 Prozent pro Jahr. Mini-Wachstum wird in Deutschland zum Normalfall.

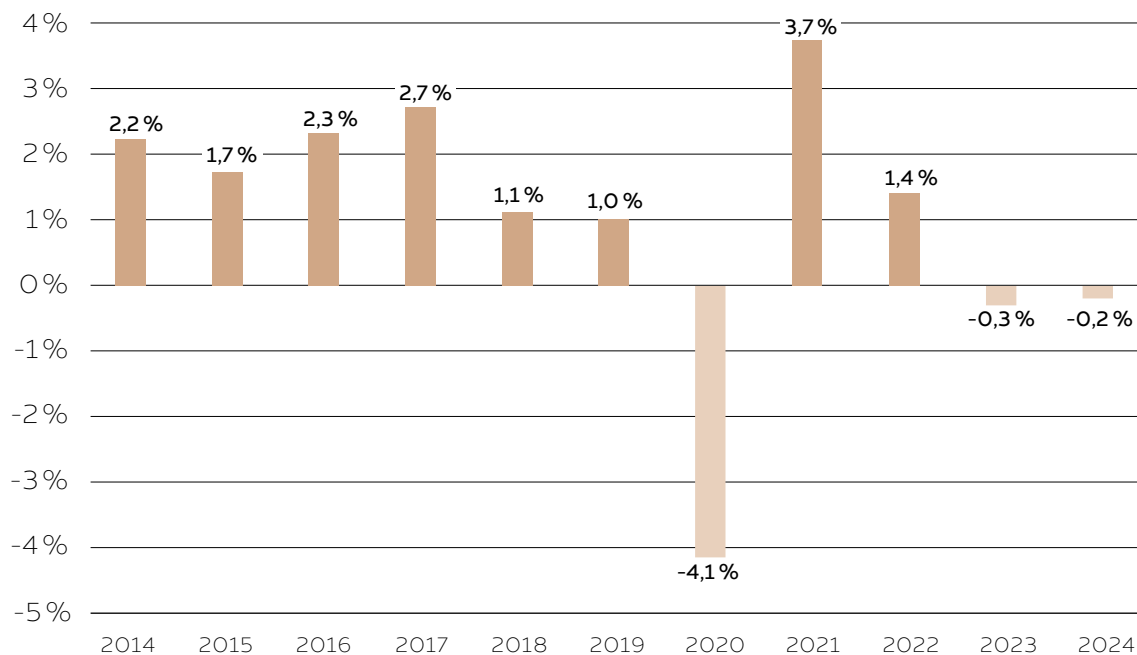


Abb. 4: Deutsches BIP-Wachstum 2014–2024

Quelle: Destatis

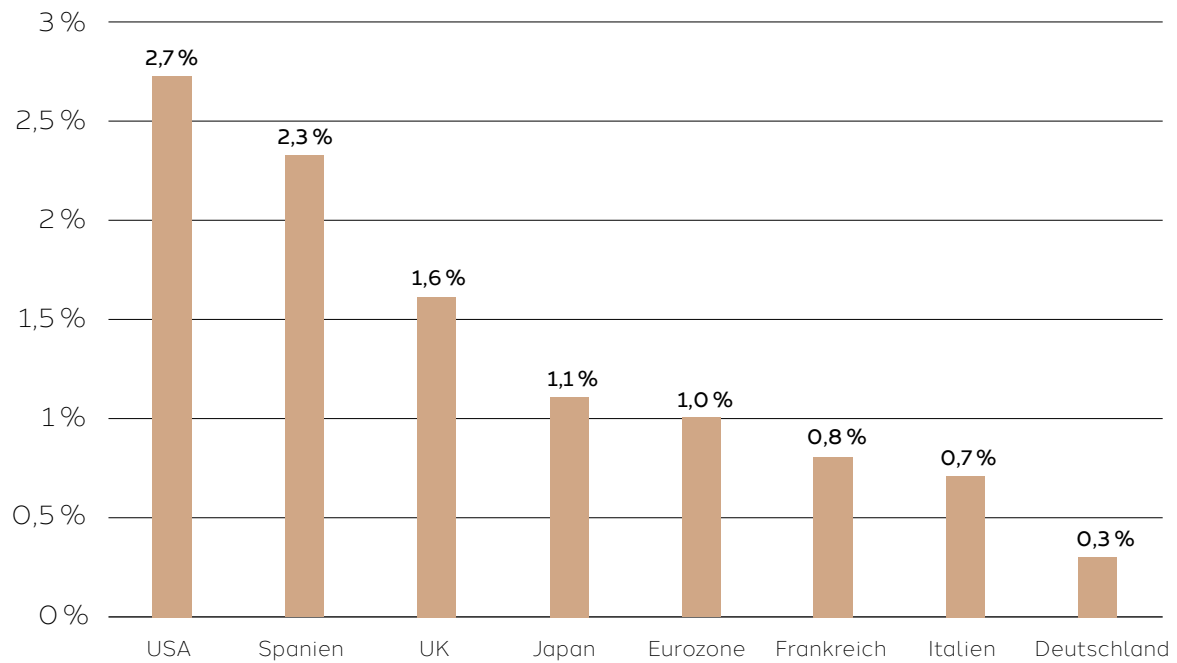


Abb. 5: Wachstumsprognose des IWF für 2025

Quelle: Internationaler Währungsfonds

Auch international sorgt Deutschland für negative Schlagzeilen. Im „World Economic Outlook“ des Internationalen Währungsfonds (IWF) rutscht Deutschland 2025 ans Ende

der Wachstumstabelle aller grossen Volkswirtschaften ab (**Abb. 5**). Der ehemalige Stabilitätsanker Europas ist zum internationalen Sorgenfall geworden.

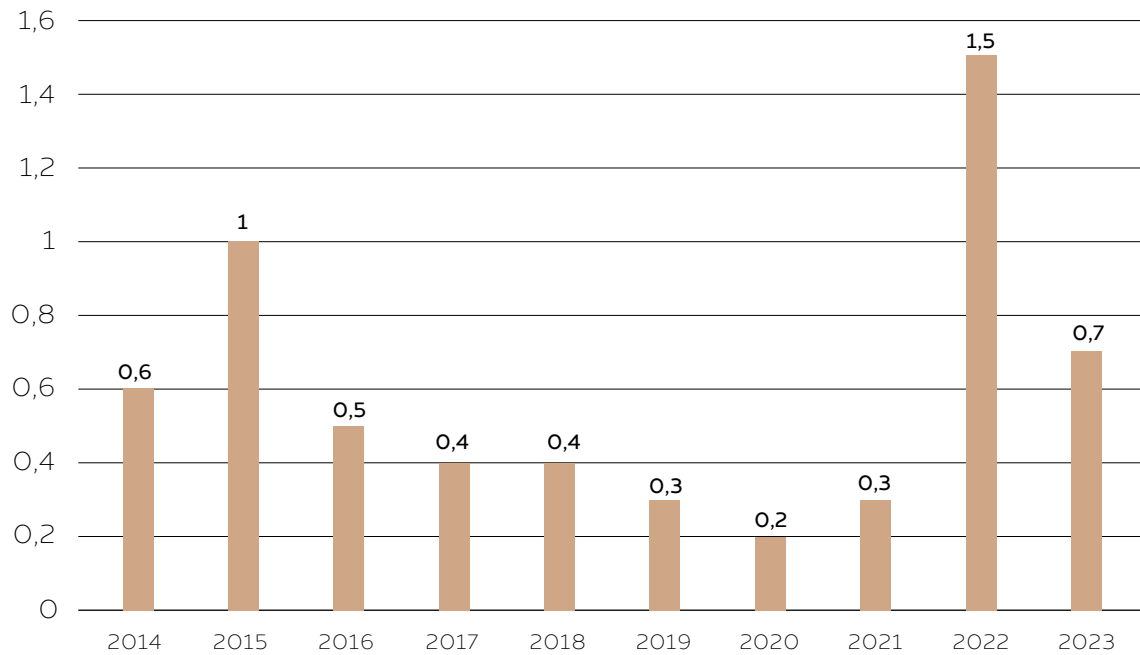


Abb. 6: Nettozuwanderung in Millionen
Quelle: Destatis

Das gesamte Ausmass der Wachstumsschwäche wird in den reinen Wachstumszahlen noch gar nicht deutlich. Deutschland hat in den letzten Jahren, insbesondere in den Jahren 2022 und 2023, eine massive Nettozuwanderung erlebt (**Abb. 6**). Es konsumieren und arbeiten somit

deutlich mehr Menschen, als dies ohne die massive Zuwanderung der Fall gewesen wäre. Damit fiel der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) weniger deutlich aus, als es die Jahre 2023 und 2024 mit leicht negativen Wachstumszahlen zum Ausdruck bringen.

VOM STABILITÄTSANKER ZUM SORGENFALL: WAS SIND DIE GRÜNDE FÜR DIE WACHSTUMSSCHWÄCHE?

Die Gründe für Deutschlands wirtschaftliche Probleme sind vielfältig. Zunächst ist dabei zu unterscheiden: Welche Probleme sind auf äussere Einflüsse zurückzuführen (und somit von der deutschen Politik nur sehr begrenzt zu beeinflussen)? Und welche Probleme sind hausgemacht (und damit von der deutschen Politik prinzipiell korrigierbar)?

Deglobalisierung

Zu den äusseren Einflüssen (exogene Faktoren) gehören die geoökonomischen und geopolitischen Spannungen. Die deutsche Wirtschaft hatte sich mit ihren vielen kleinen Weltmarktführern („hidden champions“) hervorragend auf die Bedingungen der friedlichen Globalisierung eingestellt. Deutschland war ein Globalisierungsgewinner. Doch dann versetzte Donald Trump während seiner ersten Amtszeit der Freihandelsidee einen schweren Schlag. Anschliessend bekamen die internationalen Lieferketten Risse – zunächst durch die Corona-Pandemie, anschliessend durch den Russland-Ukraine-Krieg. Fragile Lieferketten gefährden die Versorgungssicherheit. Insofern ist das Neujustieren („Nearshoring“, „Friendshoring“) und teilweise Rückabwickeln der Globalisierung nachvollziehbar. Die deutsche Regierung hat hier kaum Möglichkeiten gegenzusteuern. Zumindest könnte sie sich aber auf EU-Ebene für mehr Handelsabkommen einsetzen.

Viele Probleme sind aber hausgemacht, weil die wirtschaftspolitischen Weichen in der Vergangenheit falsch gestellt wurden. Bevor wir in

Abschnitt 4 die konkreten wirtschaftspolitischen Reformerfordernisse skizzieren, sollen zunächst einige grundlegende Probleme der deutschen Wirtschaft beleuchtet werden.

Illusion der Unverwundbarkeit

Deutschland hatte die Krisen seit 2010 wirtschaftlich überraschend gut überstanden. Am Arbeitsmarkt hinterliessen die Krisen kaum dauerhafte Spuren. Vielmehr stieg die Zahl der Beschäftigten. Angesichts der vielen erfolgreich bewältigten Krisen machte sich irgendwann das Gefühl breit, die Politik könne tun, was sie wolle – Deutschland würde schon keinen Schaden nehmen. Man kann fast sagen: Am Ende dominierte in der Wirtschaftspolitik der Übermut. Dies gipfelte in dem Glauben, man könne eine Volkswirtschaft während einer Gesundheitsnotlage beliebig lange herunterfahren und ökonomische Kosten-Nutzen-Abwägungen dabei weitgehend ausblenden. Eine solche Illusion wäre kaum möglich gewesen, ohne die von der EZB bereitgestellte Notfall-Liquidität. Bei manchen Wirtschaftspolitikern in Deutschland hatte das aus den USA herübergeschwappte Konzept der „Modern Monetary Theory“ (MMT) verfangen, wonach ein Staat mit eigener Zentralbank beliebig viel Geld ausgeben kann. Eine echte Budgetrestriktion existiere nicht, solange die Inflation unter Kontrolle ist. Das MMT-Konzept war schon immer fragwürdig. Mit dem starken Anstieg der Inflation ab 2021 wurde ihm dann die Grundlage entzogen. Dennoch war es verhängnisvoll, dass die Europäische Zentralbank spätestens

seit der Eurokrise immer wieder als „Ausputzer“ für wirtschaftspolitische Verfehlungen genutzt wurde. Nur so war es möglich, Korrekturen wirtschaftspolitischer Irrwege auf die lange Bank zu schieben.

Reinigungskrisen „verlernt“

Während die deutsche Volkswirtschaft einen Rückschlag nach dem anderen schnell überwand, geriet in Vergessenheit, dass Rezessionen auch eine reinigende Wirkung haben. Die Unternehmen und die Volkswirtschaft werden in Rezessionen gezwungen, sich an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen und die Effizienz zu erhöhen. Dieser Anpassungsdruck wurde durch teilweise grossvolumige Konjunkturprogramme abgeschwächt. In diesem Zusammenhang spielen auch das jahrelang unnatürlich niedrige Zinsniveau und der für die deutsche Volkswirtschaft zu schwache Euro-Wechselkurs eine Rolle. Diese Sonderfaktoren verhalfen der deutschen Volkswirtschaft zu leichten Erfolgen und nährten die Illusion, die Wirtschaftspolitik sei auf dem richtigen Kurs.

Fokus auf die Produktion öffentlicher Güter

Während in Deutschland das Potenzialwachstum auf 0,5 % sinkt, liegt es in den Vereinigten Staaten bei rund 2 %. Die gewaltige Wachstumsdifferenz ist zu einem guten Teil auch auf einen Mentalitätsunterschied zurückzuführen. Die USA setzen sehr stark darauf, marktfähige, kommerziell verwertbare Güter und Dienstleistungen zu produzieren. Unter dem neuen US-Präsidenten Donald Trump wird dies absehbar noch stärker der Fall sein („Drill, baby, drill“). Der wirtschaftspolitische Fokus liegt klar auf mehr Wachstum – im Fall von Donald Trump wohl sogar ohne Rücksicht auf Verluste. Dagegen herrscht in Deutschland und Europa seit einigen Jahren eine Einstellung oder Mentalität vor, wonach Wirtschaftswachstum nur eines von vielen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielen ist („Beyond GDP“). Infolgedessen wird in Deutschland

und in der EU viel stärker versucht, öffentliche Güter zu produzieren (z. B. Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit). Öffentliche Güter zeichnen sich unter anderem dadurch aus, dass sie auch von denjenigen genutzt werden können, die sich nicht an Produktion und Finanzierung beteiligen. Da „Trittbrettfahrer“ nicht vom Konsum ausgeschlossen werden können, lassen sich öffentliche Güter kommerziell nur schwer verwerten. Wenn also Deutschland und die EU eine höchst ambitionierte Klimapolitik betreiben und mit dem sogenannten Lieferkettengesetz mehr soziale Gerechtigkeit erreichen wollen, dann fallen die damit verbundenen Kosten hierzulande an, während die (nicht-finanziellen) Erträge weltweit verbucht werden. Ein solches Vorgehen mag ehrenwert sein, doch darf niemand überrascht sein, wenn sich die wirtschaftlichen Kennzahlen enttäuschend entwickeln.

Wirtschaftspolitische Sprunghaftigkeit

Die wirtschaftspolitischen Weichen wurden nicht erst von der Ampel-Koalition falsch gestellt. Auch die Vorgängerregierungen haben ihren Teil zu den heutigen Problemen beigetragen. Gleichwohl hat die Ampel-Regierung für enorme Verunsicherung gesorgt. Das Vorhaben, mehr Klimaschutz quasi mit der Brechstange umsetzen und die Wirtschaft entsprechend transformieren zu wollen, hat Unternehmen und Verbraucher gleichermaßen verunsichert. Für energieintensive Unternehmen wurde der Standort Deutschland angesichts der Energiewende und der hohen Energiepreise zunehmend unattraktiv. Es folgte eine Interventionsspirale. Betriebe sollten mithilfe von Subventionen im Land gehalten werden. Verstärkt wurde die Verunsicherung über den wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung dadurch, dass innerhalb der Koalition immer mehr Uneinigkeit über die wirtschaftspolitische Ausrichtung deutlich wurde. Für Unternehmen und Konsumenten ging in erheblichem Masse die Verlässlichkeit verloren.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE REFORMANSÄTZE: DIE TOP 10

Die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands sind vielfältig. Sofern der vermehrte Einsatz Künstlicher Intelligenz nicht zu einem gewaltigen Produktivitätsschub führt, hat die künftige Bundesregierung eine Herkulesaufgabe zu bewältigen. Nachfolgend werden zehn Massnahmen skizziert, die Deutschland zurück in die Erfolgsspur führen könnten.

1. „Back to basics“

Das Experiment der „transformativen Angebotspolitik“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz darf als gescheitert eingestuft werden. Der Versuch, Wirtschaft und Gesellschaft durch staatliche Detailvorgaben zur Klimaneutralität zu transformieren, hat vor allem Verunsicherung gestiftet. Der vom Bundeskanzler Olaf Scholz geäußerte Glaube, Deutschland werde durch den staatlich organisierten ökologischen Umbau ein neues Wirtschaftswunder erleben, hat sich schnell als Irrtum erwiesen. Statt „transformativer Angebotspolitik“ ist nun wieder klassische Angebotspolitik gefragt, bei der Unternehmergeist, Einfallsreichtum sowie Leistungsbereitschaft der Privatakteure gefördert werden, während sich der Staat als Akteur in der Wirtschaft stärker zurückhält.

2. Verlässlichkeit wiederherstellen

Strukturreformen brauchen Zeit, um ihre positiven Wirkungen zu entfalten. Auch mit einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik wird der Standort Deutschland nicht über Nacht gesunden. Einen kurzfristigen Impuls könnte es aber geben, wenn die neue Bundesregierung der Wirtschaft eine klare und konsistente Perspektive bieten würde. Dazu gehört

ein klares Bekenntnis zum privaten Unternehmertum, mit der Politik als Partner und Dienstleister der Wirtschaft. Mehr Realismus und weniger Utopie sollten die Wirtschaftspolitik prägen. Realismus bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Verhaltenswirkungen wirtschaftspolitischer Massnahmen, also die Zweitrundeneffekte, mitbedacht werden. Unternehmen und Verbraucher reagieren meist opportunistisch und nicht idealistisch auf sich ändernde Rahmenbedingungen. Sie versuchen im Regelfall, das Beste für sich – und nicht für die Volkswirtschaft – aus der Situation zu machen. Dazu gehören gegebenenfalls auch Standortverlagerungen ins Ausland. Eine Wirtschaftspolitik, die auf einem idealistischen Menschenbild beruht, führt dazu, dass wirtschaftspolitische Massnahmen immer wieder nachgesteuert werden müssen. Moralische Appelle („moral suasion“) treten an die Stelle von ökonomischen Anreizen, um das erwünschte Verhalten der Wirtschaftsakteure herbeizuführen – meist ohne Erfolg. Im ungünstigsten Fall kommt es zu Interventionsspiralen und Stop-and-go-Politik. All das prägte die Amtszeit der Ampel-Regierung. Dagegen ist eine Wirtschaftspolitik, die auf einem realistischen Menschenbild beruht, weitaus verlässlicher.

3. Klimaschutz mit Emissionshandelssystem europäisch ausrichten

Klimapolitische Ziele lassen sich kosteneffizient – also zu geringstmöglichen volkswirtschaftlichen Kosten – mit dem Instrument handelbarer Emissionszertifikate erreichen. Die Europäische Union hat bereits im Jahr 2005 das Europäische Emissionshandelssystem (EU-EHS) installiert, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Das EU-EHS ist ein Erfolgsmodell, denn die Emissionen der vom Emissionshandel erfassten Sektoren sind seit 2005 in Deutschland und europaweit um über 40 % gesunken. Dank der Konzeption und Effizienz des EU-EHS sind keine weiteren nationalen Klimaziele und keine kleinteiligen Feinsteuerungsmassnahmen nötig. Die künftige Bundesregierung könnte somit eines der kontroversesten Themen der Ampel-Regierung abräumen, indem sie das europäische Handelssystem zum Leitinstrument der Klimapolitik macht. Die europäischen Klimaziele liessen sich auf diese Weise mit deutlich geringerem wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Stress erreichen.

4. Unternehmergeist entfesseln, Bürokratie verschlanken

Die wachsende Bürokratie gilt als zentrale Wachstumsbremse. Grosse und kleine Unternehmen beklagen mehrheitlich hohe und wachsende bürokratische Belastungen. Der Erfüllungsaufwand für die Unternehmen ist beträchtlich – sowohl finanziell als auch personell. Die direkten Bürokratiekosten belaufen sich laut einer Studie des ifo Instituts auf 65 Mrd. Euro pro Jahr. Hinzu kommen indirekte Kosten durch entgangene Wirtschaftsleistung in Höhe von 146 Mrd. Euro. Auch mit Blick auf die Arbeitskräfteknappheit wäre es sinnvoll, möglichst wenig Personal in den Bereichen Bürokratie und Regulierung zu binden. Das Bürokratie-Dickicht liesse sich durch Sunset-Clauses, Moratorien, „One in, two out“-Regeln und den Verzicht auf das „Veredeln“ von EU-Richtlinien und -Verordnungen („Gold-Plating“-Verbot) lichten. Bürokratieabbau würde das Wachstum antreiben, ohne viel Geld zu kosten.

5. Finanzpolitik nachhaltig gestalten

Mehr Wachstum ist der Königsweg zu soliden Staatsfinanzen, weil mit höheren Wachstumsraten automatisch mehr Einnahmen in die Staatskassen fliessen. Auch wenn die deutschen Staatsschulden mit gut 60 % des BIP im inter-

nationalen Vergleich moderat sind, ist der Blick für die künftige Kassenlage doch trüb. Mit den höheren Kapitalmarktzinsen steigt auch die Zinsbelastung des Staates wieder an. Zudem schlummern in den Sozialversicherungssystemen verdeckte Schulden, die um ein Vielfaches höher sind als die offiziell ausgewiesenen Staatsschulden. Diese verdeckten Schulden werden – ohne vorherige Gegenmassnahmen – mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand nach und nach zu offiziellen Staatsschulden (s. Punkt 9). Schon deshalb hat die in der Kritik stehende Schuldenbremse eine wichtige Funktion: Sie verhindert, dass Ausgabenwünsche leichtfertig durch höhere Kreditaufnahme finanziert werden und sie zwingt die Politik, die Ausgaben des Staates zu priorisieren. Für etwas mehr finanziellen Spielraum könnte eine moderate Reform der Schuldenbremse sorgen. Das zulässige strukturelle Defizit (derzeit 0,35 % des BIP) könnte so angepasst werden, dass die Schuldenstandquote nur bis zur stabilitäts-paktkonformen Marke von 60 % des BIP, aber nicht darunter sinkt. Eine Reform der Schuldenbremse sollte jedoch erst nach Beschluss eines umfassenden Wachstumspakets erfolgen.

6. Subventionen „mit dem Rasenmäher“ kürzen

Die künftige Bundesregierung könnte weitere Mittel für Zukunftsinvestitionen durch den Abbau von Subventionen generieren. Die Finanzhilfen des Bundes sind zwischen 2014 und 2023 von knapp 44 Mrd. Euro auf rund 155 Mrd. Euro angewachsen (gemäss Abgrenzung des Kieler Subventionsberichts). Die Finanzhilfen sind damit deutlich schneller gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt (Faktor 3,5 vs. Faktor 1,4). Die beste Lösung wäre, jene Subventionen gezielt zu streichen, die sich ökonomisch am wenigsten begründen lassen. Eine solche Vorgehensweise scheitert jedoch oft am Widerstand der betroffenen Subventionsempfänger. Aus polit-ökonomischer Sicht ist deshalb ein Subventionsabbau „mit dem Rasen-

mäher“, also ein prozentualer Abbau aller Subventionen, erfolgversprechender. Um den betroffenen Subventionsempfängern Planungssicherheit und ausreichend Zeit für die nötigen Anpassungen zu geben, sollte der Subventionsabbau zeitlich gestreckt werden.

7. Unternehmenssteuern senken

Die Kostenbelastung für Unternehmen in Deutschland ist hoch. Für die energieintensive Wirtschaft sind die hohen Energiepreise sowie die Unsicherheit bezüglich der Energiesicherheit ein Problem. Der Unternehmenssektor insgesamt leidet unter der hohen Steuerlast. Mit einer tariflichen Belastung von 29,9 % zahlen deutsche Kapitalgesellschaften im internationalen Vergleich fast die höchsten Steuersätze (Vergleichsjahr: 2023). Unter den grossen Volkswirtschaften sind die Unternehmenssteuern nur in Japan leicht höher (30,4 %). Dagegen sind die Nachbarländer steuerlich attraktiver, zum Teil sogar deutlich. So liegen die Unternehmenssteuersätze in der Schweiz (Zürich) bei 19,2 %, in Dänemark bei 22 % und in Polen sowie Tschechien jeweils bei 19 %. Um im internationalen Standortwettbewerb wieder attraktiver zu werden, ist eine Unternehmenssteuerreform dringend geboten.

8. Arbeitskräftepotenzial erhöhen

Deutschland leidet unter einem gravierenden Arbeitskräftemangel. Das Problem verschärft sich weiter, da die geburtenstarken Jahrgänge (Geburtsjahre 1955–1969) nach und nach das Renteneintrittsalter erreichen. Es handelt sich dabei um knapp 30 % der Erwerbspersonen, die zu Beginn dieses Jahrzehnts dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen. Ziel muss es sein, den Renteneintritt zeitlich so weit wie möglich nach hinten zu verschieben, um das Potenzial der „Baby-Boomer“ für den Arbeitsmarkt zu erhalten. Statt Anreize für den Vorruhestand zu setzen, sollten flexible Arbeitszeitmodelle Anreize bieten, auch über das gesetzliche Renteneintrittsalter beruflich aktiv zu bleiben.

9. Rente: Generationengerechtigkeit erhalten

Auch für die Sozialversicherungen wird die demografische Entwicklung zum Problem. Es war seit Jahrzehnten absehbar, doch nun, da die geburtenstarken Jahrgänge allmählich in den Ruhestand gehen, wird der Handlungsdruck immer grösser. Die Zahl der Leistungsempfänger (Rentner, Pensionäre) steigt, während die Zahl der Arbeitskräfte, die die Leistungen der Sozialversicherung finanzieren, abnimmt. Mit den aktuellen Beitragssätzen lässt sich der Leistungskatalog der Sozialversicherungen (Rente, Pflege, Krankheit) nicht finanzieren. Die Finanzierungslücke summiert sich gemäss Berechnungen des Forschungszentrums Generationenverträge auf gut 300 % des BIP. Es handelt sich dabei um implizite oder verdeckte Staatsschulden. Ohne Reformmassnahmen würden diese verdeckten Schulden nach und nach zu offiziellen, also verbrieften Staatsschulden werden und die Kreditwürdigkeit Deutschlands gefährden. Es gibt vier Stellschrauben, mit denen das System stabilisiert werden kann: Leistungskürzungen, Beitragserhöhungen, längere Lebensarbeitszeiten und Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Bei allen vier Stellschrauben gibt es Schwierigkeiten. Leistungskürzungen, höhere Beiträge und längere Lebensarbeitszeiten sind unbeliebt. Zuwanderung in den Arbeitsmarkt entlastet das System nur kurzfristig, weil die Zuwanderer ihrerseits Leistungsansprüche an die Sozialversicherung erwerben. Wenn man ehrlich ist, führt an einer längeren Lebensarbeitszeit, also an einem späteren Renteneintritt kein Weg vorbei. Da kaum jemand Lust hat, bis zum 70. Lebensjahr zu arbeiten, könnte es für die gesellschaftliche Debatte hilfreich sein, sich vor Augen zu führen, dass die Menschen in jedem Fall auch im Alter werden arbeiten müssen: entweder in ihrem Beruf oder verstärkt zu Hause mit „do it yourself“, weil aufgrund des Arbeitskräftemangels zu erschwinglichen Preisen keine Handwerker, Gärtner und sonstigen Dienstleister mehr zu bekommen sind.

10. Migrationspolitik primär am Arbeitsmarkt ausrichten

Die beiden vorgenannten Punkte führen zur Schlussfolgerung: Deutschland muss als Land und als Wirtschaftsstandort wieder attraktiver werden, um einerseits für arbeitswillige Zuwanderer interessant zu sein und andererseits die Abwanderung inländischer Arbeitskräfte zu verhindern. Der sogenannte Generationenvertrag, nach dem die deutsche Sozialversicherung organisiert ist, kann von jungen Arbeitskräften jederzeit durch Auswanderung aufgekündigt werden. Davor schützen eine starke Wirtschaft, positive Zukunftsperspektiven und gesellschaftliche Verhältnisse, in denen die Menschen gerne leben. Die nächste Bundesregierung muss deshalb nicht nur das Wirtschaftswachstum wiederbeleben, sondern sie muss den Staat wieder verstärkt zum Dienstleister für seine Bürger machen.

WAS WOLLEN DIE PARTEIEN?

Wie sind die Parteien programmatisch positioniert? Die wirtschaftspolitischen Eckpunkte aller Parteien, die für die Bildung einer Regierungskoalition infrage kommen, werden nachfolgend stichwortartig skizziert. Es fehlt das Programm der voraussichtlich zweitstärksten Fraktion, da alle anderen Parteien eine Koalition mit der AfD (Alternative für Deutschland) ausgeschlossen haben.

CDU/CSU

- Grundlegender Politikwechsel mit dem „Grundsatz des Ermutigens“.
- Beiträge für die Sozialversicherung sollen Richtung 40 Prozent sinken.
- Der Rest-Solidaritätszuschlag soll abgeschafft werden.
- Steuerfreiheit von Überstundenzuschlägen.
- Erhöhung der Pendlerpauschale.
- Steuern auf Erträge der Unternehmen sollen schrittweise auf 25 Prozent sinken. Verbesserung bei Abschreibungen und Verlustverrechnung.
- Senkung Stromsteuer und Netzentgelte; Ausbau der Netze, Speicher und Erneuerbaren.
- Heizungsgesetz der Ampelkoalition soll abgeschafft werden. Option Kernenergie wird aufrechterhalten.
- Emissionshandel als Klimaschutzinstrument.
- Renteneintrittsalter bleibt bei 67 Jahren. Wer danach weiterarbeiten möchte, soll in Form einer Aktivrente profitieren (steuerfreie Hinzuverdienstmöglichkeit von 2.000 Euro).
- Abschaffung des nationalen Lieferkettengesetzes. Deutsche Übererfüllung von europäischem Recht soll künftig unterbleiben.
- Bürokratieabbau.
- Einführung eines Bundesdigitalministeriums.
- Ersatz des Bürgergelds durch eine neue Grundsicherung nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“.
- Mindestlohn bleibt erhalten, Lohnfindung ist Sache der Sozialpartner.

SPD

- Neuer Deutschlandfonds soll staatliches und privates Kapital mobilisieren (zunächst 100 Mrd. Euro), um Investitionen in wichtige Zukunftsfelder zu ermöglichen (Strom- und Wärmenetze, Wohnungsbau, E-Ladesäulen).
- Steuerprämie: „Made in Germany“-Bonus für Investitionen in Zukunftstechnologien.
- Schuldenbremse soll grundlegend reformiert werden, um mehr Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen.
- Bürokratieabbau.
- Stromkosten sollen durch Zuschüsse für Netzausbau und noch mehr Erneuerbare Energien stabilisiert werden.
- Kaufprämien für in Deutschland produzierte E-Autos.
- Einkommensteuersenkung für 95 % der Steuerzahler (untere und mittlere Einkommen).
- Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro pro Stunde.
- Mietpreisbremse soll unbegrenzt verlängert werden.
- Deutschlandticket soll dauerhaft günstig erhalten bleiben.
- Eigenanteil bei Pflegekosten soll auf 1.000 Euro gedeckelt werden.
- Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters wird abgelehnt.
- Beibehaltung des Status quo in der Rentenversicherung.
- Mehr Wachstum durch (schuldenfinanzierte) Investitionen und höhere Massenkaufkraft.

Grüne

- Einführung eines Deutschlandfonds für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen.
- Grundsanierung der Infrastruktur in Richtung Klimaneutralität.
- „Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung“.
- Reform der Schuldenbremse.
- Mietpreisbremse soll verlängert und Lücken geschlossen werden.
- Deutschlandticket soll erhalten bleiben (zum Preis von 49 Euro).
- Netzausbau, Senkung Stromsteuer und weitgehende Übernahme der Netzentgelte für die überregionalen Stromleitungen.
- Fortsetzung des Weges zu einer klimaneutralen Wirtschaft.
- Weiterer Ausbau der Solar- und Windenergie.
- Einführung einer auf fünf Jahre befristeten, unbürokratischen Investitionsprämie von 10 % für alle Unternehmen und alle Investitionen (Ausnahme: Gebäudeinvestitionen).
- Einheitliche Besteuerung von Kapital- und Arbeitseinkommen. Das würde ein Ende der Abgeltungsteuer bedeuten.
- Einsatz für eine globale Milliardärssteuer.
- Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro (auch für unter 18-Jährige).
- Klimageld für kleine und mittlere Einkommen.

FDP

- Grundlegender Politikwechsel („Alles lässt sich ändern“).
- Bürokratieabbau („Bürokratie-Burnout beenden“). Weniger Bürokratie aus Brüssel.
- Für ein faireres Steuersystem incl. Anhebung des Grundfreibetrags. Der Spitzensteuersatz soll erst ab einem Jahreseinkommen von 96.600 Euro greifen (bisher 68.000).
- Abschaffung „kalte Progression“.
- Strikte Ablehnung von Vermögensteuern und Vermögensabgaben.
- Absenkung der Unternehmenssteuerbelastung auf unter 25 Prozent. Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags.
- Stärkung der Aktienkultur u. a. durch entsprechende Finanzbildung.
- Die Stromsteuer soll auf europäisches Mindestmass gesenkt werden.
- Klimaschutz vor allem durch CO₂-Bepreisung.
- Stärkung der Arbeitsanreize, u. a. durch Lohnabstandsgebot.
- Es wird ein flexibler Renteneintritt nach schwedischem Vorbild angestrebt.
- Sozialabgaben sollen nicht über das Niveau von 40 % steigen dürfen, um die junge Generation nicht zu stark zu belasten.

Linke

- Sozialökologisches Investitionsprogramm (Schaffung eines Investitionsfonds) für den Industrieumbau mit einem Volumen von 200 Mrd. Euro. Darüber hinaus soll der Klima- und Transformationsfonds (KTF) ausgebaut und jährlich mit 65 Milliarden Euro ausgestattet werden.
- Klimapolitik: Wiedereinführung der Sektorziele. Der Emissionshandel für die Sektoren Wärme und Verkehr wird abgelehnt.
- Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden.
- Höhere Steuern für Vermögende.
- Anstieg des Mindestlohns auf 15 Euro.
- Rentenniveau von 53 Prozent und Mindestrente von 1.310 Euro.
- Mehrwertsteuerbefreiung für Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte, Bus und Bahn (Regional- und Fernverkehr).
- Deutschlandticket für 9 Euro. Kostenlos für Schüler, Auszubildende, Studenten und Rentner.
- Sozial gestaffelte Energiepreise; Energie-Soli für Reiche als Zuschlag auf die Einkommen- und Kapitalertragsteuer.
- Preiskontrollen, um Preisexplosionen zu verhindern.
- Einführung einer Übergewinnsteuer, mit der Extragewinne der Konzerne mit einem Satz von 90 Prozent besteuert werden.

BSW

- Die Deindustrialisierung soll gestoppt, die bisherige Energiepolitik nicht weiterverfolgt werden.
- Senkung der Energiepreise, auch durch die Wiederaufnahme von Lieferungen aus Russland.
- Rücknahme des Heizungsgesetzes und des Verbrenner-Verbots.
- Der Klimawandel wird als ernstzunehmendes Problem anerkannt. Die Klimapolitik sollte aber pragmatischer und weniger rigide sein.
- Der europäische Emissionshandel soll entweder globalisiert werden oder Deutschland sollte auf EU-Ebene für seine Abschaffung werben, da ein europäischer Alleingang dem Klima nicht nutzt.
- Reform der Schuldenbremse.
- Positive Haltung zum freien Handel, US-Interessen sollen dabei allerdings keine Rolle spielen. Abkehr von China wird abgelehnt.
- Das BSW setzt sich für ein Kompetenz-Kabinett aus Fachleuten ein, um das verloren gegangene Vertrauen in den Staat und die Demokratie wiederherzustellen.

AUSBLICK: IST EIN AUFBRUCH MÖGLICH?

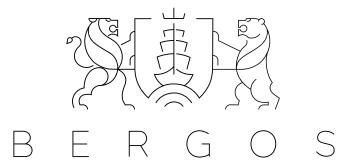
Zwei Wochen vor der Bundestagswahl sind noch viele Fragen offen. Mit der FDP, den Linken und dem BSW kämpfen gleich drei Parteien um den Einzug in den Bundestag, für den die 5%-Hürde genommen werden muss. Vom Einzug dieser Parteien hängt gegebenenfalls ab, ob eine Koalition aus zwei Parteien für eine Bundestagsmehrheit ausreicht oder ob es wieder zu einer Dreier-Koalition kommt. Da keine andere Partei mit der AfD, die voraussichtlich als zweitstärksten Fraktion in den Bundestag einziehen wird, koalieren wird, steht ein grösserer Teil der Bundestagsmandate nicht für eine Koalition zur Verfügung. Dadurch dürfte die Regierungsbildung kompliziert werden.

Beim Blick auf die Wahlprogramme sind Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien leicht zu identifizieren: Quasi natürliche Partner, die inhaltlich in vielen Politikbereichen am gleichen Strang ziehen, wären eine Koalition aus CDU/CSU und FDP sowie ein Bündnis aus SPD und Grünen. In beiden Fällen wäre es dank ihrer inhaltlichen Nähe voraussichtlich ein stabiles Regierungsbündnis. Eine Koalition aus CDU/CSU und FDP würde zudem aus

wirtschaftlicher Sicht für einen echten Aufbruch stehen. Gleichwohl: Für beide potenziellen Koalitionen wird es nahezu sicher nicht für eine Mehrheit reichen. Bei der FDP ist nicht einmal klar, ob ihr der Einzug in den Bundestag überhaupt gelingt.

Eine „grosse Koalition“ (GroKo) aus CDU/CSU und SPD würde an alte Zeiten anknüpfen. Die Neuauflage der GroKo wäre inhaltlich sicher möglich. Ob sie allerdings für einen echten Aufbruch für mehr Wachstum bedeuten würde, ist zweifelhaft. Die wirtschaftspolitische Ausrichtung hinge auch vom Führungspersonal auf Seiten der SPD ab. Angesichts der Wahlumfragen würde die SPD nur der Juniorpartner sein, sodass sich der amtierende Bundeskanzler Olaf Scholz wohl aus der aktiven Politik zurückziehen würde.

Insgesamt spricht viel für eine moderate Stimmungsaufhellung und einen moderaten Konjunktur- und Wachstumsschub nach der Bundestagswahl. Ein grosser Wurf ist wegen der fragmentierten Parteienlandschaft leider eher unwahrscheinlich.



B E R G O S A G

HAUPTSITZ
Kreuzstrasse 5
8008 Zürich · Schweiz

Telefon +41 44 284 20 20

NIEDERLASSUNG GENÈVE
29, Quai du Mont-Blanc
1201 Genève · Schweiz

Telefon +41 22 308 59 00

www.bergos.ch
info@bergos.ch